

**Betr.:** Unterstützung des regionalen Aktionsbündnisses „Pro S 21“

**Antragsteller:** Andreas Anton, Claus-Peter Bensch, Jens Lindmeyer, Thomas Springer, Ernst Burgbacher,

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der FDP-Kreisverband Tuttlingen unterstützt das regionale Aktionsbündnis „**Pro Stuttgart 21**“ zur Vorbereitung des Volksentscheids am 27.11.2011 in Baden-Württemberg und fordert die zeitgleiche Ertüchtigung der Gäubahn mit der Umsetzung des Bahnprojektes Stuttgart 21.

**Begründung:**

Am 27. November wird in einem Volksentscheid in Baden-Württemberg über die Kündigung der Finanzierungsvereinbarung des Landes zu Stuttgart 21 entschieden. Mindestens 33,33 Prozent der Wahlberechtigten müssten für diese Kündigung stimmen, um die geplante Landesbeteiligung zu kippen.

Die FDP-Baden-Württemberg hat sich zuletzt auf ihrem Landesparteitag am 07. Mai 2011 in dem Beschluss „Die FDP in der Opposition: kraftvoll, konstruktiv, liberal!“ eindeutig für das Projekt Stuttgart 21 ausgesprochen.

In der zweiten Beratung des S 21-Kündigungsgesetzes im Landtag von Baden-Württemberg sagte der verkehrspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion: „Wir lehnen das S-21-Kündigungsgesetz weiterhin ab. Alle in der Gesetzesbegründung benannten vermeintlichen Ausstiegsmöglichkeiten des Landes aus der Finanzierungsvereinbarung gehen ins Leere und sind irreführend. Die Risiken von S 21 werden dramatisiert, die Kostenrisiken für das Land beim Ausstieg geradezu himmelstreichend verharmlost. Zu möglichen Risiken der längst überholten Alternativen K 21 und des Kompromissvorschlags Kombibahnhof (SK 2.2.) wird gar nichts gesagt. Wir wollten den Bund der Steuerzahler anhören. Die grün-rote Koalition hat dies abgelehnt, so sieht also der Unterschied zwischen Theorie und Praxis aus. Wir sind überzeugt davon, dass die Bürgerinnen und Bürgern dieses Taktieren der Grünen durchschauen, das finanzielle Risiko der Kündigung nicht eingehen wollen und bei der Volksabstimmung deshalb mit „Nein“ stimmen. Das Gesetz muss dauerhaft scheitern. Die Landesregierung ist nun in der Pflicht, dafür zu garantieren, dass die Informationsbroschüre für die Bevölkerung transparent und fair gestaltet wird und die Projektpartner sich konstruktiv einbringen können.“

Nun wird es bis zum 27. November 2011 auch darauf ankommen, die Bürgerinnen und Bürger umfassend über den Volksentscheid zu informieren und insbesondere zu

angenommen  abgelehnt  zurückgezogen  erledigt durch .....

überwiesen an: .....

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

1 verdeutlichen, dass man das Kündigungsgesetz ablehnen muss, wenn man das  
2 Bahnprojekt Stuttgart 21 nicht verhindern will.

3  
4 Ein überparteiliches Aktionsbündnis „ProStuttgart 21“ wird am Dienstag, den 25. Ok-  
5 tober 2011 um 10 Uhr im Tuttlinger Gasthaus Engel sich zur ersten konstituierenden  
6 Sitzung zusammenfinden und die gemeinsame Kampagne zur Information der Bevöl-  
7 kerung besprechen und beschließen.

8  
9 Es setzt sich zusammen aus den Kreisverbänden der CDU (Tobias Schumacher),  
10 SPD (Fritz Buschle), FDP (Hans-Peter Bensch), Freie Wähler (Carl-Roland Henke),  
11 dem Kreisverband des Gemeindetags (BM Rudolf Wuhler), der IHK Schwarzwald-  
12 Baar-Heuberg (Dr. Philipp Frank, GF Thomas Albiez) und der Handwerkskammer  
13 Konstanz (Präsident Gotthard Reiner). Weitere Verbände und Organisationen werden  
14 sich voraussichtlich noch anschließen.

15  
16 Die Mitglieder des FDP-Kreisverbandes Tuttlingen unterstützen das Aktionsbündnis.  
17

**AM 27. NOVEMBER 2011**

 **NEIN**

**ZUM KÜNDIGUNGSGESETZ**

angenommen  abgelehnt  zurückgezogen  erledigt durch .....

überwiesen an: .....

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig